

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands - MLPD

Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen
Tel.: (0209) 951940 / Fax: (0209) 9519460



MLPD Zentralkomitee, Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen

Mail: info@mlpd.de
Internet-Seiten: www.mlpd.de

An Gerolf, Bremen
<Gerolf@Bremer-Montagsdemo.de>

Gelsenkirchen, 14. Oktober 2011

Lieber Gerolf,

wir möchten hiermit auf deinen kritischen Brief vom 4.9.11 wie auch auf deinen Beitrag auf der Bremer-Montagsdemo-Homepage „*Warum parallele Sicherungssysteme, wenn nicht zu Spaltung?*“ antworten. Wir hatten am 16.09. den Eingang deiner Briefe bestätigt und dich um etwas Geduld gebeten. Hast du diesen Brief nicht erhalten? Dass die Zugschrift vom 4.9.2011 an die MLPD unbeantwortet geblieben wäre, stimmt also nicht ganz. Trotzdem möchten wir uns entschuldigen, dass die Antwort nicht schneller erfolgt ist. Wir nehmen deine Kritiken zum Anlass, unsere Argumentationen für die Forderungen im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für die Verbesserung der sozialen Lage der breiten Massen kritisch zu prüfen und zu verbessern. Aber mit dem Kern deiner Kritik sind wir gleichzeitig nicht einverstanden.

Du kritisierst, die MLPD würde mit ihren Forderungen nach Erhöhung von Arbeitslosengeld I, unbegrenzter Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit und Erhöhung des Sozialgeldes die Existenz von parallelen Sicherungssystemen erster und zweiter Klasse akzeptieren. Damit würde sie selbst Spaltung zwischen Arbeitslosengeld-I- und Sozialgeld-Betroffenen betreiben und du kommst zu dem Schluss einer reformistischen „Reformverweigerung“ zu Lasten der Ausgegrenzten. Das ist tatsächlich ein absurder Vorwurf, der - wenn du dir die Veröffentlichungen und die Kleinarbeit der MLPD ansiehst – in keiner Weise den Realitäten entspricht.

Wir sind uns einig, dass Hartz IV und die Hartz-Gesetze insgesamt grundlegend abgelehnt werden müssen. Mit ihrer Einführung war auch die Absenkung der Bezüge für Arbeitslose und der Sozialhilfe verbunden, u.a. mit der Einführung des „Sozialgeldes“. Völlig zu Recht kritisierst du die teilweise noch stärkere Benachteiligung und Diskriminierung der Sozialgeld-Betroffenen. Viele von ihnen könnten einen gesellschaftlichen Beitrag leisten, wenn dafür mehr Geld, Fördermaßnahmen, Personal eingesetzt würde. Doch die gesellschaftliche Produktion und das gesellschaftliche Leben sind völlig der Profitlogik der Herrschenden untergeordnet.

Die MLPD hat von Anfang an kritisiert, dass die Einführung der Hartz-Gesetze, v.a. Hartz IV auch Ausdruck davon war, dass dieses System große Teile Arbeitsloser, Kranker und solcher, die dazu gemacht werden, einfach nur noch „abschreibt“ – als ein indirektes und unmenschliches Eingeständnis, dass die Herrschenden selbst nicht mehr davon ausgehen, die Dauermassenarbeitslosigkeit beseitigen zu können.

Wie kommst du darauf, wir würden die Benachteiligung Sozialgeld-Betroffener akzeptieren? Die MLPD stellt die Forderung nach einer existenzsichernden Erhöhung des Sozialgeldes auf, sie verknüpft dies mit Forderungen nach Fördermaßnahmen, Wiedereingliederungen und kämpft auch gegen den Abbau der Leistungen im Gesundheitswesen, von

denen sie oft besonders betroffen sind. Unsere Forderung nach Einführung einer „umsatzbezogenen Sozialsteuer von 6 Prozent für alle Unternehmen und Banken“ zielt gerade auf eine einheitliche Finanzierung aller Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosigkeit, Rente, Krankheit) und gegen die Diffamierungen und bewusst betriebene Spaltung der Herrschenden, Arbeitslose oder Sozialgeld-Bezieher lägen dem Staat auf der Tasche. Denn sie nimmt die Verursacher der Arbeitslosigkeit und zunehmender Krankheitsprobleme vieler Menschen ins Visier. Die Kapitalisten sind durch die Umverteilungspolitik verantwortlich für die „leeren Kassen“ - und nicht Arbeitslose, Kranke und angeblich Faule.

Du bezeichnest die Zahlung des Arbeitslosengeld I als „Sicherungssystem“ erster Klasse. Soll es demnach nicht richtig oder nötig sein, die unzureichende Höhe und Dauer des Arbeitslosengelds I zu kritisieren? Welche Familie mit vorher durchschnittlichem Einkommen kann davon leben? Insbesondere wenn wir die immensen Preissteigerungen ansehen, kann man doch nicht bei der Masse der Arbeitslosen von „erster Klasse“ sprechen, ganz so als wäre das Arbeitslosengeld I eine privilegierte Zahlung und nicht das Mindeste, was den Betroffenen aus der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und oft jahrzehntelanger Einzahlung in die Sozialversicherungsbeiträge „zusteht“. Diese Forderungen sind mehr als berechtigt. Dies hat nichts mit Abwertung derjenigen, die Hartz IV oder Sozialgeld bekommen, zu tun. Wir fordern für **alle** Arbeitslosen die Zahlung von Arbeitslosengeld I einschließlich der Erhöhung und dauerhaften Zahlung: für die jetzigen Hartz-IV-Betroffenen, für arbeitslose Jugendliche, die noch nie die Gelegenheit hatten, in Arbeit zu kommen, für Asylbewerber, die keine Arbeitserlaubnis haben usw. Deshalb anerkennen wir auch nicht die Spaltung in ALG-I- und ALG-II-Betroffene, wie du behauptest.

Wie du weißt, steht die MLPD gleichzeitig für einen entschiedenen Kampf um die Verteidigung vorhandener und Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze. Auf die Entfaltung dieses Kampfes legen wir ein großes Gewicht, im Besonderen um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als gemeinsamer Kampf der Beschäftigten und Arbeitslosen. Wir sagen aber auch deutlich, dass die Arbeitslosigkeit erst im Sozialismus abgeschafft werden kann und dann erst die Voraussetzung da ist für die Verwirklichung der Losung: *Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung*. (Wobei „Leistung“ für die sozialistische Gesellschaft ein grundlegend anderer Maßstab ist, als „Leistung“ nach kapitalistischen Ausbeutungskriterien!) Das gilt auch für die Einbeziehung kranker oder behinderter Menschen. Erst im Sozialismus sind die Voraussetzungen gegeben, das sie entsprechend ihren Fähigkeiten einbezogen werden können.

Du kritisierst, die MLPD akzeptiere aufgrund ihrer Forderungen nach Erhöhung von Arbeitslosengeld I und Sozialgeld die „*parallelen Sicherungssysteme*“. Mit der selben „Logik“ könnte der Schluss gezogen werden, die MLPD akzeptiere die Massenarbeitslosigkeit, nur weil sie Forderungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufstellt und akzeptiere den kapitalistischen Staat, weil sie Forderungen nach Erhöhung sozialer Leistungen an den Staat aufstellt.

Wer die MLPD kennt, weiß, dass wir den sogenannten „Sozialstaat“ als eine der Lebenslügen im staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnen. Das trifft auch auf die Begriffe wie „Sicherungssysteme“ zu. Weder das sogenannte Sozialversicherungssystem für die Beschäftigten, das du als Sicherungssystem „erster Klasse“ bezeichnest noch die „Sozialleistungen“ (Sozialgeld usw.), die für dich das „Sicherungssystem „zweiter Klasse“ sind, hat mit „Sicherheit“ oder „Sicherung“ etwas zu tun. Es sind nichts anderes als Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und die breiten Massen, die nach dem II. Weltkrieg von den Herrschenden gewährt wurden. Zum Teil waren das Zugeständnisse nach Kämpfen, zum Teil „Reformen von oben“ - ohne Kampf. Diese Reformen sollten das Gefühl verbreiten, eine soziale Sicherheit im Kapitalismus sei möglich. Das war auch als Damm gegen die Anziehungskraft der damals noch existierenden sozialistischen Länder gedacht.

In diesen Sozialversicherungssystemen gibt es auf Betreiben der Unternehmerverbände seit den 80er Jahren große Veränderungen. Seit 1998 wurde eine umfassende Umgestaltung der Kranken-, Arbeitslosen und Pflegeversicherung betrieben, mit dem Ziel, die Kapitalisten von Beiträgen für die Sozialversicherungen noch weiter zu entlasten und

dies den Steuerzahlern aufzudrücken. In Zusammenhang damit stand die „Arbeitsmarktreform“, wie sie dann mit den Hartz-Gesetzen unter der Schröder/Fischer-Regierung umgesetzt wurde, zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Der Kern unserer grundsätzlichen Kritik am Staat ist nicht die „Parallelität“ zweier Sicherungssysteme. Das ist eine vordergründige Betrachtungsweise, die ausblendet, welche Rolle der sogenannte „Sozialstaat“ im Interesse der Kapitalisten hat. Er wurde mit der Neuorganisation der internationalen Produktion mehr und mehr Dienstleister der internationalen Monopole zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse einerseits und zur Umverteilung des Nationaleinkommens in die Taschen des internationalen Finanzkapitals auf Kosten der breiten Massen andererseits. Dies sind zwei Seiten einer Medaille. Mit den Hartz-Gesetzen entledigten sich erstens die Kapitalisten mit der verkürzten Arbeitslosengeldzahlung ihrer Verantwortung für die Kosten der Massenarbeitslosigkeit, ihr Anteil an der paritätischen Beitragszahlung in das Sozialversicherungssystem sank sprunghaft. Zweitens wurden immer mehr Arbeitslose, die in Hartz IV gedrückt werden, seither gezwungen zur Aufnahme jeder Arbeit zu miesen Bedingungen (Leiharbeit, Zeitarbeit, Minijobs usw.), womit die Kapitalisten das Lohnniveau der ganzen Arbeiterklasse senkten und die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse insgesamt betreiben und drittens wurden die sozialen Leistungen (Sozialgeld, ALG II) auf ein Minimum gedrückt, und eine Masse an Arbeitenden, Arbeitslosen und Sozialgeld-Betroffene in relative Armut und Verelendung gestürzt.

Im Buch „Götterdämmerung über der neuen Weltordnung“ wird im Kapitel zur veränderten Rolle und Funktion des Nationalstaates mit der Neuorganisation der internationalen Produktion ausgeführt: *„Die Veränderung der Rolle des Staates hat drei wesentliche Elemente: Zum einen sollen die Funktionen des Staates in der Innen- und Außenpolitik ausgebaut werden, die im Interesse der internationalen Monopole liegen. Zum Zweiten soll sich der Staat aus allen gewinnträchtigen wirtschaftlichen Betätigungen zu Gunsten der Monopole zurückziehen. Zum Dritten sollen alle sozialen Funktionen, die der Staat im Interesse der Massen ausübt, bis auf eine minimale Grundsicherung abgebaut werden...“* (Stefan Engel, Götterdämmerung über der neuen Weltordnung, S. 293).

In dieser Analyse ist keine Akzeptanz der Art und Weise wie der bürgerliche Staat die noch bestehenden sozialen Leistungen, v.a. aber den Abbau der sozialen Leistungen organisiert, zu erkennen.

Lieber Gerolf,

deine Vorwürfe an die MLPD, sie würde Sozialgeldbetroffene diffamieren, ihnen Reformen verweigern wollen, Spaltung betreiben u.ä. entbehren nicht nur jeder Grundlage. Du begibst dich damit auch in eine Richtung, eine Partei mit an den Haaren herbei gezogenen „Argumenten“ anzugreifen, die in der Montagsdemo-Bewegung den Zusammenschluss von Arbeitern und Arbeitslosen organisiert und das seit mindestens acht Jahren praktisch unter Beweis stellt. Damit beginnst du auch, den Weg der solidarischen Auseinandersetzung zu verlassen.

Es ist zu erwarten, dass die Monopole und die Regierung auch in Deutschland ihre relative Zurückhaltung aufgeben und zu offenen Angriffen auf die Arbeiter und Arbeitslosen übergehen werden wie wir es derzeit in Griechenland, Spanien, Portugal usw. erleben. Dort sitzen diejenigen, die spalten, diffamieren, Reformen nicht nur verweigern, sondern massiv abbauen. Wir dagegen brauchen Zusammenhalt. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinn auch weiterhin wie in der Montagsdemo-Bewegung zusammen arbeiten und gemeinsam dafür streiten, dass sich viele betroffene Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose zusammenschließen.

In diesem Sinn mit solidarischen Grüßen

Susanne Wagner